

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P/XXII/40

Bad Godesberg, den 26. Juli 1967

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1 - 2	<u>Ausländische Geheimdienste in der Bundesrepublik</u> Eine Darstellung des Innenministeriums	71
2	<u>Die Entschuldigung aus Seoul</u>	19
2a	<u>Griechische "Richtigstellung"</u> Die gesperrten Geldzuweisungen aus Athen	23
3 - 4	<u>Bremen fördert weiter den sozialen Wohnungsbau</u> Sozialer Wohnungsbau wirkt konjunkturbelebend Von E. Traumann	69
4	<u>Hohe Kaufquote in Bonn</u> Bundeshauptstadt ein attraktiver Platz für den Handel	22
5 - 6	<u>Reise in Deutschland</u> Impressionen zwischen Köln und Görlitz Von Klaus Rusticus	69

\* \* \*

\*

## Ausländische Geheimdienste in der Bundesrepublik

### Eine Darstellung des Innenministeriums

sp - Die Tätigkeit von Nachrichtendiensten ist seit jeher von Geheimnissen umwittert. Militärische und wirtschaftliche Spionage, Beschaffung von Nachrichten jeglicher Art, die Bespitzelung von in- und ausländischen Politikern und schließlich Entführungen und andere Gewaltakte gehören zu den Aufgaben jener Organisationen, die überall in der Welt mehr oder weniger versteckt "arbeiten". Durch die Entführung von Koreanern aus der Bundesrepublik ist bei uns in jüngster Zeit das Thema brandaktuell geworden. Spekulationen über den Umfang der Tätigkeit ausländischer Geheimorganisationen auf deutschem Boden, Kritik an deutschen Behörden, die angeblich nicht wachsam genug sind, und die Furcht vor ständigen Bespitzelungen sind seit einiger Zeit beliebte Themen zahlreicher Publikationsorgane.

Wohl um dem dringenden Bedürfnis nach allgemeiner Aufklärung abzu- helfen, hat das Bundesinnenministerium jetzt einen Erfahrungsbericht über die Tätigkeit fremder Geheimdienste in der Bundesrepublik herausgegeben. Abgesehen von den weniger gefährlichen Aktionen ausländischer Nachrichtendienste stellt das Bundesinnenministerium fest, daß seit 1954 von Ausländern aus politischen Motiven in der Bundesrepublik oder von ihrem Territorium ausgehend begangen wurden:

- \* 9 politische Morde,
- \* 5 Mordversuche,
- \* 27 Sprengstoffanschläge, bei denen
- \* 11 Personen getötet und
- \* 32 Personen verletzt wurden.

Der Bericht des Innenministeriums vermerkt, daß diese Delikte zum weitaus größten Teil nicht von Einzeltätern, sondern von Organisationen begangen und gesteuert wurden.

In diesem Zusammenhang wird u.a. darauf verwiesen, daß die Bundesrepublik schon wegen ihrer geographischen Lage am langjährigen Schnittpunkt der Ost-West-Spannungen zu einem Tummelplatz ausländischer Nachrichtendienste und Geheimbünde geworden ist. Diese bedauerliche Tatsache - so sagt das Innenministerium - sei darauf zurückzuführen, daß die Liberalisierung des Grenzverkehrs auch den Agenten ausländischer Geheimdienste zahlreiche Möglichkeiten des unbeobachteten Eindringens in das Gebiet der Bundesrepublik bietet. "Die Akteure nachrichtendienstlicher Exzesse sind regelmäßig - zumindest nach ihren Papieren - unbescholten; sie haben einwandfreie Ausweise, der wahre Zweck ihres Aufenthalts ist durch eine stichhaltige 'Legende' getarnt und ihr Verhalten ist tadellos. Sie fallen bis zur Aktion niemandem auf. Innerhalb der Bundesrepublik herrscht Freizügigkeit auch für Ausländer. Einer Anmeldung bedarf es bei Kurzaufhalten nicht. Besondere Kontrollen der Ausländer finden im Bundesgebiet nicht statt. Freiheit und Freizügigkeit bedeuten naturgemäß eine Einbuße an Sicherheit. Wir sollten sie in Kauf nehmen. Eine Perfektion auf dem Gebiet der Sicherheit müßte mit dem Aufbau eines allmächtigen, allwissenden Sicherheitsapparates erkaufte werden, die niemand will. Auch er könnte übrigens, wie die Erfahrungen lehren, eine Verletzung unserer Rechtsordnung nicht ausschließen."

Im aktuellsten Fall - der Entführungsaffäre der Koreaner - glaubt das Innenministerium sagen zu können, daß den deutschen Sicherheitsorganen keine Vernachlässigung möglicher Abwehrmaßnahmen vorzuwerfen sei. Gleichzeitig wird aber betont, man müsse energisch Verbesserungen der

Abwehrmöglichkeiten anstreben, aber hierbei auch das Problem in seiner ganzen Breite sehen. "Es geht generell darum, die - gemessen an der Gesamtzahl - wenigen Ausländer, die ihre Gastrechte mißbrauchen, energisch dazu anzuhalten, ihren Gastpflichten gerecht zu werden," sagt hierzu das Bundesinnenministerium.

Im einzelnen werden folgende Möglichkeiten zur Eindämmung ausländischer geheimdienstlicher Aktivitäten in der Bundesrepublik erwogen:

- \* Tätigkeitsverbot für fremde Nachrichtendienste im Bundesgebiet.
- \* Beibehaltung der Strafvorschrift gegen "Geheimbündelei".
- \* Verschärfung der Strafbestimmungen des Ausländergesetzes. (Hierbei geht es in erster Linie um die politische Betätigung von Ausländern, die zur Störung der öffentlichen Sicherheit oder Ordnung führen kann.)
- \* Zuständigkeit für die Beobachtung von politischen Ausländerorganisationen.
- \* Straffer Vollzug des Ausländergesetzes.

Abschließend stellt das Bundesinnenministerium fest, daß kein Bürger oder Gast der Bundesrepublik Deutschland schutzlos sein dürfe und daß er jederzeit seine zuständige Polizeibehörde um Rat und Hilfe nachsuchen könne.

#### Die Entschuldigung aus Seoul

sp - Die südkoreanische Regierung hat sich in einer offiziellen Note bei der Bundesregierung für die Entführung südkoreanischer Staatsbürger aus der Bundesrepublik entschuldigt. Diese Geste ist nur insofern bemerkenswert, als sich zum erstenmal seit Bestehen der Bundesrepublik eine ausländische Regierung zur Tätigkeit eines ihrer Geheimdienste in Deutschland bekennt und sich dafür entschuldigt. Befriedigen kann diese Geste jedoch nicht. Von den 15 mit Gewalt entführten Südkoreanern sind bisher vier in die Bundesrepublik zurückgekehrt; das Schicksal der anderen ist noch ungewiß. In Seoul scheint man nicht begriffen zu haben, daß die Bundesrepublik Deutschland ein demokratischer Rechtsstaat ist und daß es anderer Beweise zur Wiederherstellung eines guten Geschäftsverhältnisses zwischen der Bundesrepublik und Südkorea bedarf, als nur der einer formellen Entschuldigung. Es kann ja möglich sein, daß in Seoul die eine Hand nicht wußte, was die andere tat. Dann aber sollte man es offen zugeben und der Bundesregierung offiziell mitteilen, in welcher Weise die südkoreanische Regierung die für den Menschenraub Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen gedenkt und welche Garantien dafür gegeben werden können, daß sich in Zukunft ein solcher rechtswidriger Vorgang wie der Menschenraub nicht wiederholt.

### Griechische "Richtigstellung"

---

#### Die gesperrten Geldzuweisungen aus Athen

sp - Ein sicher unfreiwilliges, aber deshalb um so bemerkenswerteres Eingeständnis der Bespitzelung griechischer Studenten an deutschen Universitäten hat die griechische Botschaft in der Bundesrepublik jetzt in Form einer "Richtigstellung" gemacht. Der ASTA der Berliner Freien Universität hatte gemeinsam mit dem Verein griechischer Studenten kritisiert, daß Geldüberweisungen aus Griechenland an in Deutschland lebende Studenten nach dem Militärputsch in Athen gesperrt worden seien. Die Kritik war mit dem Hinweis darauf verbunden, daß die Sperrung von Geldüberweisungen ganz offensichtlich aus politischen Gründen erfolge und eine verstärkte Spitzeltätigkeit griechischer Agenten in der Bundesrepublik vermuten lasse.

Dazu stellte die griechische Botschaft in Bonn fest, nicht politische, sondern wirtschaftliche Gründe seien für die Sperrung der Geldüberweisungen entscheidend. Man habe in Athen "nur deshalb und dann gesperrt", wenn die Studienleistungen der Betroffenen derartige Geldsendungen nicht rechtfertigen (!).

Die "zuständigen" Herren in der griechischen Botschaft scheinen gar nicht zu merken, wie sehr sie sich mit dieser "Richtigstellung" in die Tinte setzen. Sie geben zwar die Sperrung der Geldüberweisungen an Studenten zu, deklarieren sie jedoch als eine "wirtschaftliche Maßnahme", der natürlich ein "Urteil" vorausgegangen sein muß. Wer darüber befindet, wer die Geldzuweisungen aus Athen gesperrt werden und wer sich darüber ein Urteil bilden kann, ob ein in der Bundesrepublik studierender Grieche genügende Studienleistungen vorweisen kann, wird selbstverständlich in der Richtigstellung der griechischen Botschaft nicht gesagt.

- \* Aber irgend jemand muß doch dafür zuständig sein! Oder befindet
- \* etwa ein Postbeamter in Athen eigenmächtig darüber, wen die Geld-
- \* überweisungen gesperrt werden? Da ein solches Verfahren selbst
- \* im Griechenland von heute kaum üblich sein dürfte, muß mit Eile
- \* und Recht angenommen werden, daß der Postbeamte bestimmte Anwei-
- \* sungen erhalten hat. Und diese Anweisungen k ö n n e n nach
- \* Lage der Dinge nur von einem Geheimdienst kommen, der die grie-
- \* chischen Studenten in der Bundesrepublik bespitzeln läßt.

Das Bundesinnenministerium hat gerade jetzt mit dankenswerter Offenheit auf die Tätigkeit ausländischer Geheimdienste in der Bundesrepublik hingewiesen. Die komische Antwort der griechischen Botschaft in Bonn an den ASTA der Freien Universität Berlin auf dessen Beschwerde über die Sperrung von Geldüberweisungen an griechische Studenten in der Bundesrepublik wäre ein guter Anlaß, um den griechischen Botschafter in Bonn zu fragen, auf wessen Befehl griechischen Studenten der Geldhahn abgedreht wird.

## Bremen fördert weiter den sozialen Wohnungsbau

### Sozialer Wohnungsbau wirkt konjunkturbelebend Von E. Traumann

Bremen hat sich im sozialen und öffentlich geförderten Wohnungsbau stark engagiert: mit einem Wohnungsbauprogramm von 4200 Wohneinheiten, das im Frühjahr 1967 angelaufen ist. Nach fünf Jahren erfolgt eine Überprüfung der Zuschüsse durch den Staat. Wenn Mieter mit ihren Einkünften jene gesetzlich festgelegte Einkommensgrenze überschritten haben, in welcher der Anspruch auf eine Sozialwohnung besteht, werden die Zuschüsse gekürzt und die Mietpreise entsprechend erhöht. Es wird damit den Erfahrungen aus früheren Wohnungsbaugesetzen Rechnung getragen und verhindert, daß Mietern oder Wohnungseigentümern mehr öffentliche Subventionsmittel zugutekommen, als ihnen gesetzlich zustehen.

Das derzeitige Wohnungsbauprogramm ist der Ersatz für ein geplantes Bremisches Wohnungsbaugesetz, das 1965 wegen einer rechtlichen Klärung auf Bundesebene zurückgestellt werden mußte. Wenn Bremen weiterhin konsequent den sozialen Wohnungsbau noch heute fördert, dann ist nicht zuletzt der Erfolg der bisherigen Wohnbaupolitik die Ursache der anhaltenden Aktivität. Die Meinung, daß die Bereitstellung von über 100 000 öffentlich geförderten Wohnungen in der Nachkriegszeit in einer Stadt von 600 000 Einwohnern den Wohnraumbedarf gedeckt hätte und weitere Anstrengungen im Wohnungsbausektor deshalb überflüssig sind, besteht zu Unrecht. Parlament und Senat in Bremen, die seit Kriegsende unter Führung der SPD stehen, fühlen sich an das Gebot der Landesverfassung gebunden, danach hat jeder Bürger einen Anspruch auf eine ihm angemessene Wohnung. Bremen zählt zu den deutschen Großstädten, die ständig wachsen, wobei der Wanderungsgewinn eine große Rolle spielt. Das Wachstum ist begründet in dem Ruf Bremens, daß man dort gut und verhältnismäßig billig wohnen kann. Dieser Ruf muß erhalten bleiben. Ein Verzicht auf die bisherige soziale Wohnbaupolitik hieße außerdem den Gleichheitsanspruch der Staatsbürger zu verletzen. Wenn hundertausende Menschen in modernen, preisvorteilhaften Wohnungen beheimatet sind, kann man nicht die Wohnungseigentümer von heute dem Spiel der Kräfte auf dem freien Wohnungsmarkt überlassen und die Hände in den Schoß legen. Es kommen noch andere Überlegungen hinzu, z.B. die Beschäftigung der bremischen Bauindustrie, die nach Jahren der Hochkonjunktur nicht plötzlich in einen Schrumpfungsprozeß geraten darf. Schließlich ist das aus dem erhaltenden Wendungsgewinn resultierende Angebot von Arbeitskräften wichtig für das eingeplante größere Industrievolumen im Bremen von morgen.

In der großen Wohnungsbauleistung der Hansestadt an der Unterweser hat die Neue Vahr ihr eigenes Profil. Dieser neue Stadtteil (keine Trabantenstadt) war, als 1957 die Durchführung des Projektes auf grüner Wiese begann, das größte zusammenhängende Wohnungsbauvorhaben des europäischen Kontinents. 80 000 Wohnungen waren mit allen Dienstleistungsbetrieben, Verkehrswegen usw. in dem knappen Zeitraum von vier bis fünf Jahren zu errichten. Heute gehen die Meinungen über Struktur und Architektur solcher umfassender Stadterweiterungen auseinander, und die Kritik macht auch vor der bremischen Neuen Vahr, die viel bewundert wurde, nicht halt. Die Neue Vahr hat insofern einen Platz ersten Ranges in der Geschichte des modernen sozialen Wohnungsbaues erhalten, als seit ihrer Errichtung in ganz Deutschland kein Bauvorhaben von Sozialwohnungen

durchgeführt wird, das nicht die zentrale Beheizung der Wohnungen mit einschließt. Noch bis 1960 kannte auch die moderne Arbeiterwohnung nur die traditionelle Ofenheizung. Als die Neue Vahr in Bremen mit Zentralbeheizung für 10 000 Wohnungen geplant wurde, beschränkten die Planer Neubland. Das Experiment war erfolgreich, denn die zentral gelieferte Wärme - bei individueller Kostenberechnung - ist nicht nur bequem, sondern auch billiger als die Ofenheizung. Das bremische Beispiel setzte sich im deutschen sozialen Wohnungsbau durch: das war ein wichtiger Fortschritt. Inzwischen ist auch die Warmwasserversorgung Bestandteil des sozialen Wohnungsbaues geworden.

Über die Grenzen Bremens hinaus wirkte ebenfalls eine Neuerung: die Gemeinden kommen in Neubaugelieten im Schalbau nicht nach. In Bremen machte die GEWOBA, die größte gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft der Hansestadt und Tochtergesellschaft der NEUBAU HEIKAP, dem Staat das Angebot, auf eigene Rechnung, gleichzeitig mit den Wohnungen, auch die Schulen zu bauen. Der Staat kann dann in Raten die Schulbauten bezahlen. Der Vorschlag wurde angenommen und die neuen Wohnstädte Marbeler Feld, Osterholz, Blockäcker usw. kamen schnell und preisgünstig zu ihren Schulen. Dieses Beispiel hat Schule gemacht und die Einschaltung von Baugesellschaften bei kommunalen Neubauten (Schulen, Krankenhäuser, Dienstgebäude) setzt sich allmählich immer mehr durch.

+ + +  
Hohe Kaufquote in Bonn

Bundeshauptstadt ein attraktiver Platz für den Handel

sp - Die Bundeshauptstadt ist für Einzelhändler und Kaufhäuser einer der interessantesten Plätze. Das hat die "Gesellschaft für Konsumforschung" in Nürnberg festgestellt, die in ihrer Kaufkraftkarte für Bonn eine Kaufkraftquote ermittelte, die ca. 35 Prozent über dem Bundesdurchschnitt liegt.

Zum Zwecke der Absatzplanung stellt die Gesellschaft alljährlich mit Hilfe von Einkommens- und Umsatzstatistiken der Stadt- und Landkreise fest, wie hoch die Kaufkraft pro Kopf der Bevölkerung ist. Dabei wird das Bundesgebiet in 12 Einkommenskategorien eingeteilt. Bonn liegt in der zweithöchsten Gruppe.

Als einkommenstärkste Gebiete weist die Kaufkraftkarte die Städte Hannover, Hameln, Wiesbaden, Heidelberg, Baden-Baden, Pforzheim und Ulm, sowie den Obertaunuskreis aus. In der zweiten Gruppe finden sich neben Bonn weitere 13 Städte, darunter Hamburg, Düsseldorf, Karlsruhe und München. - Die Stellung als eine der absatzgünstigsten Städte im Bundesgebiet verdankt Bonn nicht allein den überdurchschnittlichen Einkommensverhältnissen seiner Einwohner, sondern auch der Tatsache, daß es als Einkaufszentrum für eine weite Umgebung gilt, wobei seine Chancen noch dadurch steigen dürften, daß die Kaufkraft in den Nachbarkreisen Bonnland und Siegkreis noch ständig steigt. Derzeit liegt die Kaufkraftquote im Landkreis Bonn fünf Prozent über und im Siegkreis fünf Prozent unter dem Bundesdurchschnitt.

Reise in Deutschland ...

Impressionen zwischen Köln und Görlitz

Von Klaus Rusticus

Die Ostberliner Regierung läßt Rentner und Pensionäre legal in die Bundesrepublik reisen. Das ist bekannt. Wer von Verwandten aus Westdeutschland eingeladen wird, beantragt beim zuständigen Bezirksamt Ausreise und Aufenthalt im - nach DDR-Version - "bundesrepublikanischen Ausland". In der Regel erst 24 Stunden vor dem zwar individuell beantragten, doch erst amtlich sanktionierten Reisebeginn erfahren sie, ob sie fahren dürfen. Deutsches Schicksal auf den Strecken zwischen Köln und Görlitz.

\* \* \*

Das ist die Geschichte eines Ehepaares, das mit dem D-Zug Görlitz-Köln legal vom "Osten" in den "Westen" fuhr. Sie leben irgendwo in der "DDR".

"Wir leben nicht schlecht," meint der Mann, ein noch rüstiger Pensionär in der Unterhaltung.

"Wie fühlen Sie sich denn heute drüben?"

"Nun," dem Alten kommt es etwas stockend über die Lippen, "wir kümmern uns um keine Politik!" "Dann kann man drüben heute auch einigermaßen leben?" "Natürlich," sagt er, "wissen Sie, auch bei uns hat sich einiges gebessert!"

Man glaubt es ihm, wie er es meint. Sie, die "Ostdeutschen", die mit Politik nicht viel zu tun haben wollen (und es doch hin und wieder müssen), arbeiten härter, wie ihre Landsleute in der Bundesrepublik. Sie wollen deshalb auch an der Aufwärtsentwicklung persönlich teilhaben.

\* \* \*

Nach einigen Tagen Aufenthalt in einer westdeutschen Stadt, wohin sie zu ihrer Verwandtschaft gefahren sind:

Sie bummeln an einem Vormittag durch Geschäftsstraßen. Aus dem Rathaus der Stadt hatten sie sich 60 Mark geholt, die jeder "SBZ-Besucher" erhält.

"So reich waren wir schon lange nicht mehr", lacht die Frau. Dann kaufen sie ein. "Erst ein paar Geschenke," das Ehepaar deckt zunächst an Verwandte, die nicht mitkommen durften. Für den Mann gibt's dann ein Hemd, Ausverkaufspreis sechs Mark.

"Bei uns würde das 60 Mark kosten," beide strahlen über den

Erwerb.

Wieder ein paar Tage später. Sie schimpfen nicht etwa auf ihre Regierung. "Wir müssen uns doch damit abfinden," das klingt etwas resigniert. "Glauben Sie noch an die Wiedervereinigung?" "Wie soll das unter solchen Voraussetzungen geschehen?" fragt der Mann zurück. Nicht etwa, wie es sich zeigt, daß er glaubt, Ulbricht, Stoph und Genossen hätten das absolute Recht auf ihrer Seite. Nein! Aber er folgert auch nicht, daß der Rechtsstandpunkt, den die Regierenden der Bundesrepublik einnehmen, zur Wiedervereinigung führt.

"Denken viele in Mitteldeutschland so?" "Fast alle," auch das ist eine nüchterne Feststellung.

\* \* \*

Trotz verminderter Grenze, die die Deutschen trennt, gewinnen sie doch viele Freunde. "Es reicht langsam," verkatert sprechen es beide aus. Fast jeden Abend eine Einladung. Nicht einmal acht Tage und sie sind keine Fremden mehr, diese Rentner oder Pensionäre, die legal die DDR für einige Zeit verlassen dürften. Sie sind glücklich darüber. Wenn sich auch hinter der Reiseerlaubnis ein Stück kommunistische Taktik verbirgt, es ist ein Rest gesamtdeutscher Verbindung mit den Interzonenzügen verblieben.

\* \* \*

Die amtlich genehmigte Urlaubszeit ist um. Jetzt fährt der Zug von Köln zurück in die DDR. Er fährt auf dem letzten westdeutschen Bahnhof vor dem Kontrollpunkt Helmstedt ein. Auf dem Bahnsteig steht, unter vielen Wartenden, das Ehepaar.

Aus dem Bahnhofslautsprecher ertönt es: "Achtung! Der Zug fährt nicht durch Westberlin." "Das ist angenehmer," sagt der Rentner aus der DDR, der gerne, wie er vorher beteuerte, nach Westberlin gefahren wäre. "Entweder nach Westdeutschland oder nach Westberlin," beides zusammen gibt es nicht. Kurios! Für uns in der Bundesrepublik ist das kaum verständlich.

An den Koffern kann man sie erkennen. Ihre Koffer sind nicht so modern wie die der Reisenden aus dem Westen. Aber das ist belanglos. Als die ersten Rentner wieder legal für einige Zeit in den Westen durften, da war's eine kleine Sensation. Jetzt spricht niemand mehr darüber. Und doch gibt es, wie überall auf der Welt, Tränen des Abschieds...

+ + +